



Präsidentin:
Monika Paulat
Präsidentin des Landessozialgerichts
Berlin-Brandenburg a. D.

August-Bebel-Straße 68
14482 Potsdam
Telefon 0331/8873547
E-Mail: monika.paulat
@sozialgerichtstag.de

Elektronische Post

Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz
Referat RB4
11015 Berlin
poststelle@bmjv.bund.de
doerrbecker-al@bmjv.bund.de

Bearbeiterin:
Susanne Weißler-Hoth
Richterin am SG Frankfurt a. M.
Vorsitzende der Kommission
Verfahrensrecht
Telefon: 069 / 1535-6842 (d.)
Telefon: 069 / 666 63 03 (p.)
E-Mail: who.44@onlinehome.de

Potsdam/Frankfurt am Main, 7. Juli 2016

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren und zur Verbesserung der Kommunikationshilfen für Sprach- und Hörbehinderte (EMöGG)

Ihr Schreiben vom 27.05.2016 – R B 4 – 3100/5-14 – R2 33/2016 –

Sehr geehrter Herr Dr. Dörrbecker, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Deutsche Sozialgerichtstag e. V. bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem oben genannten Referentenentwurf.

Der Deutsche Sozialgerichtstag e. V. steht einer Medienöffentlichkeit im Gerichtsverfahren grundsätzlich kritisch gegenüber. Die Notwendigkeit, die Regelung des § 169 GVG zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit zu ändern, wird nicht gesehen. Der Entwurf stößt zum Teil auf verfassungsrechtliche Bedenken.

zu Artikel 1 Nr. 1. a):

Der Deutsche Sozialgerichtstag e. V. sieht lediglich die Ergänzung von § 169 GVG um eine Regelung, wonach eine Tonübertragung in einen Nebenraum für Personen, die für Presse, Rundfunk, Fernsehen oder für andere Medien berichten, zugelassen werden kann, wenn

dem Wunsch der Medienöffentlichkeit nach Teilnahme an einer öffentlichen Verhandlung zahlenmäßig nicht nachgekommen werden kann, als begrüßenswert an.

zu Artikel 1 Nr. 1. b):

Der Referentenentwurf zu einem reformierten § 169 GVG sieht in seinem Absatz 2 vor, dem Vorsitzenden die Möglichkeit zu geben, bei historisch bedeutsamen Gerichtsverfahren und zu wissenschaftlichen Zwecken neben Tonaufnahmen auch Bildaufnahmen zuzulassen, in seinem Absatz 3 soll dies grundsätzlich für die Urteilsverkündung oberster Gerichtshöfe des Bundes gelten. Dies lehnt der Deutsche Sozialgerichtstag e. V. aus grundsätzlichen und verfassungsrechtlichen Erwägungen ab.

Das Konzept der Gewaltenteilung als *conditio sine qua non* rechtsstaatlicher Verfassung sieht eine vollständig unabhängige Entscheidung der Gerichte vor. Grundlage einer solchen Entscheidung ist die Verhandlung einschließlich einer Beweisaufnahme und die Beratung. Hierfür ist es unabdingbar, dass die handelnden Personen – im Rahmen der prozessualen Vorschriften und Regeln – völlig unbefangen und frei agieren können. Bildaufnahmen, sowohl als Foto als auch als Film, sind indes geeignet, diese Unbefangenheit zu beeinträchtigen.

Die Bestimmung des derzeit geltenden § 169 Satz 2 GVG verstößt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes auch nicht gegen die Grundrechte der Rundfunkfreiheit oder der Informationsfreiheit. Beeinträchtigungen dieser Grundrechte werden nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts vielmehr durch das entgegenstehende Persönlichkeitsrecht der an dem Gerichtsverfahren Beteiligten, des Grundsatzes eines fairen Verfahrens und die Funktionstüchtigkeit der Rechtspflege, insbesondere die ungestörte Wahrheits- und Rechtsfindung, gerechtfertigt.

Der Entwurf zu einem reformierten § 169 GVG beantwortet auch keine der sich aufdrängenden Folgefragen, die zu massiven Schwierigkeiten in der konkreten Prozessführung führen werden. So ist z. B. das Merkmal eines historisch bedeutsamen Gerichtsverfahrens völlig unbestimmt. Ebenso stellt sich die Frage, welche Rechtsbehelfe den Beteiligten zur Seite stehen, wenn sie sich gegen eine Entscheidung des Vorsitzenden zur Zulassung von Ton-, Film- und Fernhaufnahmen wehren wollen. Gleiches gilt, wenn Beteiligte das Recht am eigenen Bild geltend machen, insbesondere dann, wenn dieses erst gar nicht entstehen soll. Dies gilt besonders für die Sozialgerichtsbarkeit und ihre häufig besonders schützenswerten Klägerinnen und Kläger, die in der Regel bei der Urteilsverkündung, auch vor dem Bundes-

sozialgericht, anwesend sind. Die Justiz arbeitet zwar öffentlich; was sie tut, ist jedoch kein Event für die Öffentlichkeit. Für kurze Film- oder Fernsehaufnahmen mit inhaltlichen Aussagen und Erläuterungen stehen bereits jetzt die Pressesprecher des jeweiligen Gerichts zur Verfügung.

Ergänzend weist der Deutsche Sozialgerichtstag e. V. auf eine Unklarheit im Referentenentwurf hin. Im Entwurf eines § 169 Abs. 3 GVG wird nur auf die „Verkündung von Entscheidungen des Bundesgerichtshofs“ abgestellt, in der Begründung aber auf „Entscheidungsverkündungen oberster Gerichtshöfe des Bundes“ (Seite 8). Im Besonderen Teil der Begründung zu § 169 Abs. 3 GVG fehlt jegliche rechtliche Verknüpfung zu den Prozessordnungen der Fachgerichtsbarkeiten, also auch zum SGG. Die Grundverweisung des § 202 Satz 1 SGG enthält im Gegensatz zu § 202 Satz 2 SGG keinen klar differenzierenden Verweis auf das Bundes(sozial)gericht. Damit könnte eine unnötige Diskussion darüber entstehen, ob die Grundverweisung, soweit sie sich auf den neuen Abs. 3 von § 169 GVG bezieht, ohne klarstellende Regelung, dass statt des BGH nur das BSG gemeint ist und nicht alle Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit, auch für die Instanzgerichte gilt. Die Regelung zur Urteilsverkündung in der ersten Instanz (§ 132 SGG) wird für die Folgeinstanzen eben auch nur noch übernommen (§§ 153, 165 SGG).

zu Artikel 1 Nr. 2 und 3:

Die vorgesehene Erweiterung des Anwendungsbereichs von § 186 GVG auf das gesamte gerichtliche Verfahren wird vom Deutschen Sozialgerichtstag e. V. begrüßt.

Für den Vorstand des Deutschen Sozialgerichtstags e. V.

gez. Monika Paulat
Präsidentin

gez. Susanne Weßler-Hoth
Vorsitzende der Kommission Verfahrensrecht